

Die Fragen stellte Matthias Kennert, Politikstudent aus Berlin.

### **Matthias Kennert:**

*Frau Bundeskanzlerin, die Integration von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt ist eine längerfristige Herausforderung; der Sachverständigenrat hat in seinem Jahresgutachten 2015 auf Chancen und Risiken hingewiesen. Unternehmen und Wirtschaftsverbände spielen im Integrationsprozess eine Schlüsselrolle. Welches Signal sollte vom Arbeitgebtag ausgehen, auf dem Sie am Dienstag sprechen? Welche konkreten Maßnahmen erwarten Sie von der Wirtschaft?*

### **Bundeskanzlerin Merkel**

Erst einmal ist mein Besuch beim Arbeitgebtag ja weiter gefasst; es geht im Grunde um die Situationen auf dem Arbeitsmarkt insgesamt. Da können wir im Augenblick recht zufrieden sein: Wir haben die höchste Zahl von Erwerbstätigen, die wir jemals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland hatten, und trotzdem gibt es auch eine Vielzahl von freien Stellen. Und was das Thema Flüchtlinge anbelangt, so bin ich sehr froh, dass die Wirtschaft von Anfang an gesagt hat, dass sie bereit ist, hier auch Engagement zu zeigen. Allerdings gibt es dafür natürlich auch bestimmte Voraussetzungen. Hier ist es wichtig, dass die Möglichkeit für Praktika besteht, und ich glaube, die Wirtschaft wird davon auch Gebrauch machen: von Hospitanzen. Die Bundesagentur für Arbeit und auch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge werden in den Sprachkursen natürlich alles daran setzen, dass die potentiellen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen auch die Sprache schnell erlernen; denn das erwarten Unternehmen in den allermeisten Fällen – zumindest Englischkenntnisse. Wir haben das Leiharbeitsverbot gelockert, damit Flüchtlinge hier auch schneller einen Einstieg finden können. Und insoweit werden wir alles daran setzen, die Bedingungen überschaubar, berechenbar zu machen – es geht zum Beispiel um Berechenbarkeit, dass ein Ausbildungsplatz dann auch wirklich bis zum Ausbildungsende genutzt werden kann –, und so versuchen, ein gutes Miteinander von Wirtschaft und Politik zu bekommen. Und sicherlich wird das auch ein Lernprozess sein.

*Vom Korruptionsskandal im Siemens-Konzern und der Rolle der Deutschen Bank in der Finanzkrise über geheime Steuersparmodelle für Unternehmen in Luxemburg bis hin zur Debatte um Schiedsgerichte im Zusammenhang mit TTIP – Großkonzerne werden in der Öffentlichkeit zuletzt mit Argwohn betrachtet. Wie sind Aufsicht und Kontrolle zu verbessern, und wie kann man einer Entfremdung zwischen Bürgerinnen und Bürgern und „denen da oben“ entgegenwirken?*

Ja, es gibt Vorfälle, die natürlich rechtsstaatlich aufgeklärt werden müssen, und das ist ja in all den genannten Fällen auch geschehen. Dennoch sind unsere großen Unternehmen – genauso wie die mittelständischen und kleineren Unternehmen – natürlich diejenigen, die Arbeitsplätze schaffen. Und gerade die Betriebsräte in den großen Unternehmen haben ja auch sehr viel dazu beigetragen, dass wir zum Beispiel gut

durch die Wirtschaftskrise gekommen sind, als damals die internationale Finanzkrise diese Wirtschaftskrise ausgelöst hat. Ich würde das Ganze, also das Fehlverhalten Einzelner, nicht vermischen mit der Diskussion über TTIP. Es geht hier um ein Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten von Amerika; genauso wie wir Freihandelsabkommen mit Korea haben, mit vielen anderen Ländern auf der Welt, mit Japan jetzt verhandeln, mit Indien verhandeln, mit Kanada sozusagen in der Schlussphase der Verhandlungen sind. Und hier ist es für ein Exportland wie Deutschland sehr, sehr wichtig, gute Exportbedingungen zu haben. Wir sehen in Asien – jetzt auch mit dem Abkommen TPP, mit dem Pazifischen Abkommen zwischen den USA und den asiatischen Ländern –, dass sich Freihandel international sehr stark durchsetzt. Und es wäre sehr schlecht für unsere Exporte und damit auch für unsere Arbeitsplätze, wenn wir hier hinten zurück bleiben. Wichtig ist aber beim Transatlantischen Freihandelsabkommen natürlich, dass unsere Standards nicht verwässert werden. Und das ist garantiert in all den Verhandlungen: Es wird nichts abgesenkt, weder im Verbraucherschutz, noch im Umweltschutz, sondern alles beibehalten.

*Im Kontext der Flüchtlingsfrage wird immer wieder auf die Notwendigkeit verwiesen, Fluchtursachen wirksam zu bekämpfen. Die furchtbaren Ereignisse in Paris haben auf brutale Weise verdeutlicht, wie eng diese Fluchtursachen mit der inneren Sicherheit in Europa zusammenhängen. Welche Schritte plant die Bundesregierung in dieser Hinsicht und wie wichtig ist die „Schwarze Null“ des Bundeshaushalts im Lichte dieser besonderen Herausforderungen?*

Wir stehen erst mal finanziell gut da und können auch für den Haushalt 2016 – nach dem, was wir jetzt wissen – diesen ausgeglichenen Haushalt, das heißt, wir nehmen keine neuen Schulden auf, auf der Bundesebene durchsetzen – das ist eine gute Nachricht. Und deshalb gehen wir jetzt erst mal von diesen Annahmen aus. Wie sich die Dinge weiterentwickeln, kann heute nur schwer vorausgesagt werden. Sie haben Recht, es gibt eine immer engere Verknüpfung von Innen- und Außenpolitik. Wir sehen: Wenn wir Bürgerkriege haben, wenn wir terroristische Organisationen wie den IS haben, dann hat das auch Auswirkungen auf uns; Menschen fliehen vor Terror, Menschen fliehen vor dem Bürgerkrieg. Und da muss Europa auch seine Beiträge dazu leisten, um diese Probleme zu lösen – siehe jetzt zum Beispiel die Anstrengungen in Wien, um einen Frieden in Syrien herzustellen. Und gleichzeitig eben auch Lastenteilung, zum Beispiel mit der Türkei, die 2,5 Millionen Flüchtlinge aufgenommen hat, Jordanien, Libanon jeweils über eine Million. Da müssen auch wir unseren Beitrag leisten. Wir leben also in einer Welt, in der es leider eine Vielzahl von neuen Auseinandersetzungen gibt; wir nennen das die „asymmetrischen Bedrohungen“. Das heißt, nicht mehr Länder bedrohen uns, sondern bestimmte Organisationen, die eben auch Verbindungen in unsere Länder haben. Oder noch schwieriger zu sagen: Von denen Menschen aus Deutschland oder aus Großbritannien, aus Frankreich nach Syrien fahren und sich dort diesem Islamischen Staat anschließen.

*Im Sommer hat der französische Wirtschaftsminister Macron mit seiner Forderung nach einer europäischen Wirtschaftsregierung Aufsehen erregt. Über die Ausrichtung der Wirtschaftspolitik in Europa gibt es nach wie vor Kontroversen – die jüngsten Entwicklungen in*

*Portugal sind nur ein Indiz von vielen. Sehen Sie eine Notwendigkeit, bestehende Instrumente und Institutionen zur Koordination der Wirtschaftspolitik auf europäischer Ebene zu ergänzen?*

Ja, ich glaube schon, dass die Wirtschafts- und Währungsunion noch nicht vollendet ist. Wir haben den Wachstums- und Stabilitätspakt, das ist das Eine. Aber wir haben noch nicht ausreichend Möglichkeiten, uns wirklich an der besten Wettbewerbsfähigkeit, die auch international bestehen kann, auszurichten. Deshalb finde ich den Gedanken der Koordinierung der Wirtschaftspolitik richtig. Wir haben dazu ja auch auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs eine Eurogruppe, die sich solchen Fragen widmen kann. Was wir noch nicht ausreichend haben, sind die Ziele: Nach welchen Maßstäben arbeiten wir? Und mir schwebt vor, dass wir uns eben – sozusagen – immer an den Benchmarks der Besten auf der Welt orientieren und sagen: Da müssen wir uns hin entwickeln. Wenn es zum Beispiel um Ausgaben für Forschung und Innovation geht, sagen wir: Drei Prozent des Bruttoinlandprodukts – das ist auch europäisch festgelegt – müssten es sein. Ansonsten habe ich nicht genug Möglichkeiten für Forschung und Innovation. Aber längst nicht alle Euro-Mitgliedstaaten haben schon dieses erreicht. Dann geht es natürlich um Bürokratie, um die Frage des Arbeitsmarktes; wie flexibel soll er sein? Und insofern haben wir hier noch eine Menge Arbeit zu leisten.